

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 07.09.2005**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)
Frau Dr. Münch - anwesend bis TOP 3.1.

Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002

Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 08.06.2005 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird mehrheitlich bestätigt.

TOP 3: Berichte und Informationen

TOP 3.1. Information zur Strukturuntersuchung durch die Kienbaum GmbH

Herr Weiße, amtierender Sozialdezernent, stellt die Ergebnisse der Kienbaum-Studie, insbesondere für das Dezernat III, vor.

Die Studie zeigt auf, dass von 1.521 Stellen (Stand 2004) in der Verwaltung 432 Stellen optimiert und/oder ausgegliedert werden können. Das Optimierungspotenzial umfasst 285 Stellen. 147 Stellen könnten nach Aussage der Untersuchung ausgegliedert werden. Besonders betroffen von Strukturveränderungen sind im Dezernat III das Schulverwaltungs- und Sportamt, das Konservatorium, das Jugendamt und das Gesundheitsamt.

Empfohlen wird die Ausgliederung des Gesundheitsamtes aus dem Sozialdezernat und die Anbindung an das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt im Dezernat II sowie die Integration der Volkshochschule in das Kulturamt.

Des Weiteren sollen Synergieeffekte durch Zusammenlegung von Schulverwaltungsamt und Jugendamt erreicht werden.

Herr Weiße informiert, dass diese Empfehlung bereits in einer anderen Form vorgesehen und ab 01.01.2006 umgesetzt wird: die Zusammenlegung des Sozialamtes mit dem Schulverwaltungs- und Sportamt.

Wichtig für die Umsetzung der Kienbaum-Studie ist ein Personalentwicklungskonzept. Am 19.09.2005 sollen die Ergebnisse der Analyse in einer Sondersitzung den Stadtverordneten präsentiert werden.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Weiße präsentieren drei Amtsleiter des Dezernates III die Auswirkungen der Optimierungsvorschläge aus der Studie auf die Arbeit der Ämter.

Anmerkungen

Herr Dr. Fischer

Warum werden Gutachten bezahlt, wenn verwaltungsinterne Strukturuntersuchungen (z.B. im Jugendamt) ohnehin gemacht werden?

Frau Schmidt

Die umfangreiche Diskussion zur vorgelegten Kienbaum-Studie muss in den Fraktionen geführt werden. Wichtig ist die Unterscheidung, wo Verwaltungsfestlegungen bezüglich Umstrukturierung intern bereits getroffen wurden (z.B. neue Struktur des Sozialamtes ab 01.09.2005 in Umsetzung des SGB XII) und wo politische Entscheidungen (z.B. bei der Frühförderung) notwendig sind.

Frau Kircheis

Bei allem Klärungsbedarf müssen die Empfehlungen der Studie geprüft und zügig in die Praxis umgesetzt werden.

TOP 3.2. Darlegungen zur Frühförderung

Herr Haferburg, amtierender Amtsleiter des Gesundheitsamtes, spricht diese Thematik in seinen Ausführungen zur Kienbaum-Studie für das Gesundheitsamt an. Er übergibt dem Ausschuss Übersichten zu inhaltlichen Details sowie zu statistischen Angaben.

TOP 3.3. Vorstellung „Lokales Bündnis für Familien“

Frau Vandreier, Geschäftsführerin des Frauenzentrums in der „Lila Villa“, stellt das „Lokale Bündnis“ vor. Wege zu mehr Familienfreundlichkeit in Cottbus will das Frauenzentrum ebnen und regt deshalb dieses Bündnis zwischen Unternehmen, Familien und Kommunalpolitik an. Am 19.08.2005 wurde diese Initiative in Cottbus unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeisterin, Frau Rätzel, gegründet.

Es werden interessierte Familien und Unternehmen aufgerufen sich daran zu beteiligen.

Wenn Familie und Beruf künftig besser vereinbar sind, ist das ein deutlicher Standort-Vorteil.

Den Nutzen haben die Familien ebenso wie die Unternehmen, die so in den nächsten Jahren die so dringend benötigten Fachkräfte an sich binden.

Vordergründiges Ziel ist die Verhinderung der Abwanderung junger Familien in die alten Bundesländer oder ins Ausland.

Für den Start der Bündnisarbeit ist eine Befragung in Familien und Unternehmen geplant.

Weitere Informationen sind in dem zur Verfügung gestellten Flyer enthalten.

TOP 4. Beschlussvorlagen

TOP 4.1. III-007/05 Übernahme der Trägerschaft für das Niedersorbische Gymnasium Cottbus

Der Vortrag erfolgt durch den amtierenden Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes, Herrn Bischoff.

Ergänzende Aussagen werden durch die Beauftragte für sorbische/wendische Angelegenheiten der Stadt, Frau Kossatz, gegeben.

Gemäß § 3 Art. 2 des Haushaltssicherungsgesetzes 2003 soll die Schule aus der Landesverwaltung ausgegliedert werden und in kommunale Trägerschaft übergehen.

Frau Schmidt erklärt, dass die Cottbuser PDS einer Übernahme in städtische Trägerschaft voraussichtlich nicht zustimmen kann. Der Schutz von Minderheiten ist Aufgabe des Landes. Zudem entledigt sich das Land einer Aufgabe, die auch finanziell zu Lasten der Kommune geht.

Herr Weiße bekräftigt, dass das Haus in der Sielower Strasse zu den attraktivsten Cottbuser Schulgebäuden zählt. Als Schulstandort wird es demnach auch bei sinkenden Schülerzahlen erhalten bleiben. Es liegt in Verantwortung der Schule, die sorbisch-wendische Spezifik zu fördern.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss erteilt der Stadtverordnetenversammlung folgende Empfehlung zur Beschlussfassung:

**3 Zustimmungen
2 Gegenstimmen
1 Enthaltung**

TOP 4.2. IV-057/05 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Cottbus für das Haushaltsjahr 2006

TOP 4.3. IV-058/05 Fortschreibung des Mittelfristigen Investitionsplanes für die Jahre 2006-2009

TOP 4.4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2006-2010 im Rahmen des Haushaltsplanes 2006

Die Vorstellung der o.g. Themen in Anlehnung an die Vorlagen (im Internet eingestellt bzw. per CD verfügbar) erfolgt durch die Abteilungsleiterin der Kämmerei, Frau Große.
Statistische Übersichten der Präsentation werden auszugsweise dem Protokoll beigelegt.

Anmerkungen:

Herr Gissel, Amtsleiter Sozialamt, weist auf die für das Amt nach dem Gesetz pflichtigen großen Ausgabepositionen – Kosten der Unterkunft gemäß § 29 SGB XII, Maßnahmen der psychosozialen Betreuung, Schuldnerberatung etc. entsprechend der getroffenen Regelungen des § 16 Abs. 2 Nr.1 bis 4 SGB II – sowie auf die steigenden Ausgaben nach dem 4. Kapitel des SGB XII – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - hin.

Frau Vandreier muss kritisch feststellen, dass für das Frauenzentrum im Jahr 2006 eine Reduzierung der Förderung um 10.000 EURO vorgesehen ist. Damit kann das Frauenzentrum seine Angebote in der jetzigen Form nicht aufrechterhalten.

Dr. Fischer erklärt, dass es zum Erhalt des Frauenzentrums eine politische Entscheidung auch unter dem Aspekt der Sanierung des Gebäudes mit Fördermitteln aus dem ZIS-Programm geben muss.

Dies ist in Form einer Antragstellung des Ausschusses oder der Fraktionen möglich.

FL Die heutige Vorstellung des Haushaltes 2006 ist eine erste Information und Anhörung. Im Sozialausschuss Oktober wird die Diskussion dazu fortgesetzt.

TOP 5: Sonstiges

Information zum Stand der Erarbeitung des Armutsberichtes

Gemäß StVV-Beschluss vom 27.10.2004 (34/04) hat die Verwaltung den Auftrag, einen Sozial- und Armutsbericht zu erarbeiten. **Frau Teusch**, Sozialplanerin des Sozialamtes, erläutert, dass mit der Diskussion zum vorliegenden Sozialbericht 2000 - 2003 zu Beginn des Jahres 2005 eine Ausgangsbasis für die Darstellung sozialer Problemlagen geschaffen wurde, die im Armutsbericht ihre Fortschreibung finden können. Da bestimmte Daten bzw. Teilanalysen - z.B. die Gemeinwesenstudie zum Stadtumbau und Angaben des Statistischen Jahrbuches 2004 - erst im IV. Quartal zur Verfügung stehen, kann der Bericht zum Jahresende vorgestellt werden.

Frau Meyer gibt zu bedenken, dass, wie bereits in den Beratungen der Kleinen Liga auch diskutiert, im Bericht bezüglich der kommunalpolitischen Empfehlungen zur Anpassung der soziokulturellen Infrastruktur, zu kleinräumigen Schwerpunktsetzungen und zum Einsatz finanzieller Ressourcen aufgrund der gegenwärtig unzureichenden Datenlage zur Umsetzung und Auswirkung des SGB II kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

FL Der Sozial- und Armutsbericht ist im Dezember 2005 vorzustellen.

Die Beratung endet um 20:30 Uhr.

Gez. Dr. Fischer
Vorsitzender

Gez. Teusch
Protokollantin